



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Neue BFW-Mitgliederumfrage: Bauträger zunehmend von Folgen der Corona-Pandemie betroffen

„Die Auswirkungen der Corona-Pandemie stellen die mittelständische Immobilienwirtschaft vor immer größere Herausforderungen. Unsere neue Mitgliederumfrage zeigt: Neben den Bestandshaltern sind nun auch die Bauträger zunehmend betroffen“, sagte Andreas Ibel, Präsident des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, heute in Berlin. Hier präsentierte Ibel die neue Umfrage unter den mittelständischen BFW-Mitgliedsunternehmen, die 50 Prozent der Wohnungs- und 30 Prozent der Gewerbeimmobilien bauen und 14 Prozent des gesamten Mietwohnungsbestandes verwalten.

In der Umfrage geben 75 Prozent der befragten Immobilienunternehmen an, dass ihr Geschäftsbetrieb durch die Corona-Krise beeinträchtigt ist. Dabei rechnen 65 Prozent der Bestandshalter mit Beeinträchtigungen. Bei den Bauträgern und Projektentwicklern sind es sogar 79 Prozent.

Auswirkungen auf der Baustelle

Die größten Probleme für die Bauträger sind neben der Vermarktung (38 Prozent) die Planung und Genehmigung neuer Projekte (37 Prozent). So berichten vier Fünftel der Bauträger, dass die Erteilung von Baugenehmigungen, die Schaffung von Planungsrecht und die Bauleitplanung auf kommunaler Ebene noch länger dauern als ohnehin üblich.

Auch beim Betrieb und der Organisation von Baustellen kommt es laut 21 Prozent zu Schwierigkeiten, etwa durch das Ausbleiben von Subunternehmen oder durch die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen. Darüber hinaus berichten 38 Prozent der Bauträger von verzögerten oder unterbrochenen Lieferketten.

Drei Viertel der Bauträger rechnen mit Umsatzeinbußen

Entsprechend verhalten äußern sich die Bauträger beim Blick in die Zukunft: So gehen 61 Prozent davon aus, dass die Anzahl der beantragten Baugenehmigungen in diesem Jahr sinken wird. 71 Prozent der Befragten rechnen damit, dass sich geplante Baubeginne um mehrere Monate verschieben werden. Für 63 Prozent zeichnet sich schon jetzt ab, dass es auch bei der Fertigstellung von Projekten zu mehrmonatigen Verzögerungen kommen wird.

Die Folge: Drei Viertel der Bauträger rechnen damit, dass sich die Pandemie negativ auf ihren Umsatz auswirken wird. 28 Prozent geben an, dass ihr Umsatz voraussichtlich um mehr als zwanzig Prozent zurück gehen wird. Dennoch



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

nehmen bislang nur 13 Prozent der befragten Unternehmen staatliche Hilfen in Anspruch. Lediglich 17 Prozent schicken Mitarbeitende in Kurzarbeit.

Jetzt sind die Kommunen gefragt!

„Die Immobilienunternehmen spielt eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, unsere Wirtschaft nach dem Lock-Down wieder anzukurbeln. Auch das Problem der Wohnungsknappheit wird sich weiter verschärfen, wenn wir hier nicht gegensteuern“, sagte Ibel und erklärte: „Als Mittelstand haben wir bislang staatliche Hilfen für unsere Kunden und Mieter, nicht aber für unsere Unternehmen gefordert. Deshalb ist es jetzt dringlicher, dass Verfahren auf kommunaler Ebene weiter vereinfacht, beschleunigt und digitalisiert werden, um einen Einbruch beim Neubau abzuwenden. Mit dem Planungsbeschleunigungsgesetz hat der Bund hierfür die Rahmenbedingungen neu justiert. Jetzt sind die Kommunen gefragt!“

Die Umfrage wurde vom 29. April bis zum 6. Mai erhoben. Die detaillierten Umfrageergebnisse können Sie hier einsehen.

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.